



Positionspapier zur Weiterentwicklung der Bibliotheksverbände als Teil einer überregionalen Informationsinfrastruktur

Ausschuss für wissenschaftliche
Bibliotheken und Informationssysteme

Deutsche
Forschungsgemeinschaft
2011

Positionspapier zur Weiterentwicklung der
Bibliotheksverbände als Teil einer
überregionalen Informationsinfrastruktur

Kurzfassung

1. Ausgangssituation

Flächendeckende Versorgung nach Regionalprinzip

Basierend auf Empfehlungen der DFG haben die Bundesländer in den 1970/80er-Jahren dem damaligen Stand der Technik folgend Verbundzentralen mit zentralen Verbundkatalogdatenbanken gegründet. Ziel war die flächendeckende, kostengünstige Versorgung ihrer Bibliotheken mit DV-Kapazität, um die bibliotheksinternen Arbeitsabläufe zu rationalisieren. Wesentliches Merkmal der damals geschaffenen Gesamtstruktur ist die primär regionale, bundeslandbezogene Organisation der Verbünde und damit einhergehend eine Multiplizierung von Diensten, die für technisch erforderlich gehalten wurde.

Redundanzen bei der Versorgung mit bibliothekarischen Basisdiensten

Die regionale und zum Teil auf nur ein Bundesland bezogene Versorgung mit (funktional identischen) bibliothekarischen Basisdiensten der Bibliotheksverbünde insbesondere im Katalogisierungsbereich ist aus heutiger Sicht nicht mehr funktional. Aus gesamtstaatlicher Sicht besteht hier eine Überversorgung, während gleichzeitig Versorgungs- und Dienstleistungslücken deutlich werden. Es fehlt an angemessener Aufbereitung, Filterung und Strukturierung der Informationsflut in den jeweiligen Arbeitszusammenhängen von Bildung und Wissenschaft.

2. Empfehlungen zur Optimierung der Informationsinfrastruktur

Verbundübergreifende Entwicklung bedarfsorientierter Services

Angestrebt werden sollten stringente, verbundübergreifende arbeitsteilige Strukturen bei Betrieb und Entwicklung der gegenwärtigen wie der zukünftigen Dienste, um unnötige Mehrfacharbeit zu vermeiden und die Durchsetzung einheitlicher Standards zu erleichtern. Das ist technisch machbar und organisatorisch auch im föderalen Umfeld denkbar wie andere Beispiele (z.B. DFN) zeigen.

Einführung neuer Steuerungsmechanismen

Das derzeitige Finanzvolumen der Länder für Informationsservices (Finanzzuweisung an Verbundzentralen) muss erhalten bleiben und weiterhin die den bisherigen Regelungen entsprechenden Steigerungen erfahren. Gleichzeitig müssen behutsam, aber konsequent neue Steuerungsmechanismen eingeführt werden, die die Verbünde im höheren Maße als bisher in die Lage versetzen, neue Entwicklungen bedarfsorientiert aufzugreifen und verlässliche Dienste aufzubauen. Zur Steuerung sollten Aufsichtsgremien im Sinne von „Beiräten“ vergleichbar den Beiräten der Informationsdienstleister in der WGL eingesetzt werden.

3. Wege zu einer Neuausrichtung der Verbünde

Neben den empfohlenen politisch-administrativen Maßnahmen erscheint ein attraktiv dimensioniertes Förderprogramm der DFG zur „Neuausrichtung überregionaler Informationsservices“ und „Weiterentwicklung der Bibliotheksverbünde als Teil der überregionalen Informationsinfrastruktur“ [Arbeitstitel] geeignet, den notwendigen Strukturwandel hin zu einem arbeitsteiligen, verbundübergreifenden Dienstangebot anzustoßen und zu koordinieren.

Präambel

Auf Basis der Empfehlungen der DFG zur Einrichtung von Bibliotheksverbänden und korrespondierend zur Ausstattung von Hochschulbibliotheken mit Lokalsystemen hat sich in den letzten 30 Jahren bundesweit eine relativ einheitliche DV-Infrastruktur zur Literatur- und Informationsversorgung der Hochschulen herausgebildet. Fokussiert war diese Entwicklung auf die Optimierung der internen Geschäftsprozesse der Bibliotheken (Erwerbung/Katalogisierung und Ausleihverwaltung) sowie auf die Schaffung geeigneter Recherchertools für die Bibliotheksnutzer. Die Empfehlungen zur Ausstattung der Hochschulbibliotheken mit Lokalsystemen wurden kontinuierlich aktualisiert, zuletzt 2008. Empfehlungen zur Weiterentwicklung der Verbände wurden zuletzt 1995 erarbeitet (Empfehlungen zur Migration der Deutschen Bibliotheksverbände). Die damals im Ansatz erkennbare Entwicklung hin zu netzbasierten Informationsinfrastrukturen und DV-gestützten Arbeits- und Forschungsprozessen hat in der Zwischenzeit zu weitgehend veränderten Rahmenbedingungen des wissenschaftlichen Arbeitens einerseits und der technischen Ausgestaltung einer darauf abgestellten prozessintegrierten Literatur- und Informationsversorgung andererseits geführt. Informationsdienste wie Informationsdienstleister haben sich in mannigfaltiger Weise diversifiziert. Klassische Bibliotheksdienstleistungen und daraufhin optimierte IT-Strukturen stellen nur mehr einen Teil einer umfassenderen Informationslandschaft dar, die in ihrer Gesamtheit mit offenen Schnittstellen jeweils lokal, letztlich durch die jeweilige Hochschulbibliothek vermittelt, verfügbar zu machen ist. Dafür bedarf es geeigneter technischer Verfahren, organisatorischer Strukturen und finanzieller Steuerungsmechanismen.

Die hier vorliegenden Empfehlungen sprechen das Gesamtsystem der Verbände insbesondere im Hinblick auf ihre Funktion als Dienstleister für wissenschaftliche Bibliotheken an und bewerten nicht eine einzelne Institution. Sie greifen auch auf das 2006 veröffentlichte Positionspapier der DFG zurück. Die Weiterentwicklung dieses Systems ist im Kontext der Gesamtstrategie einer neuen überregionalen Informationsstruktur zu sehen, wie sie derzeit durch die „Kommission Zukunft der Informationsinfrastruktur“ (KII) der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz erarbeitet wird.

1. Ausgangssituation

Die Bundesländer haben zur flächendeckenden, kostengünstigen Versorgung ihrer Bibliotheken mit DV-Kapazität in den 1970/80er-Jahren auf dem damaligen Stand der Technik Verbundzentralen mit zentralen Verbundkatalogdatenbanken gegründet. Die dabei geschaffene organisatorische und technische Gesamtstruktur besteht bis heute prinzipiell unverändert.

Ein wesentliches Merkmal dieser Struktur ist eine primär regionale, bundeslandbezogene Organisation der Verbünde, die zwischenzeitlich zwar in mehreren Fällen über bestehende Landesgrenzen hinaus erweitert wurde, das zugrundeliegende, aus der Zeit zettelkataloggestützter Leihverkehrsregionen stammende Regionalprinzip aber grundsätzlich beibehält. Dies sind die sechs Bibliotheksverbünde¹:

1. GBV/VZG: Staatsvertrag zwischen 7 norddeutschen Bundesländern und der Stiftung Preußischer Kulturbesitz, Länderbeiträge nach Entgeltordnung;
2. HBZ für Nordrhein-Westfalen, mit entgeltpflichtigen Dienstleistungen auch für Bibliotheken in Rheinland-Pfalz;
3. HeBIS-Verbund für Hessen, mit entgeltpflichtigen Dienstleistungen für Bibliotheken in Rheinland-Pfalz;
4. Der Bibliotheksverbund Bayern (BVB), mit strategischer Allianz mit dem KOBV;
5. Der KOBV Berlin-Brandenburg, mit strategischer Allianz mit dem BVB;
6. Das BSZ Baden-Württemberg, mit entgeltpflichtigen Dienstleistungen auch für Bibliotheken im Saarland und in Sachsen.

Die Verbundzentralen stellen die Grundversorgung mit Basisdiensten jeweils aller Bibliotheken in ihrem regionalen Geltungsbereich in vergleichbarer Weise, wenn auch in unterschiedlicher Ausprägung und Reichweite, sicher. Primär betrifft dies die in direkter oder indirekter Trägerschaft des jeweiligen Bundeslandes stehenden Hochschul- und Staatsbibliotheken einer Region, sekundär aber auch wissenschaftliche und teilweise öffentliche Bibliotheken anderer Unterhaltsträger, die von Verbund zu Verbund in unterschiedlichem Umfang in aller Regel systemseitig integriert und entgeltpflichtig mehr oder weniger kostendeckend betreut werden. Zu den Basisdiensten gehören insbesondere der Betrieb und die Pflege einer Verbunddatenbank sowie die Unterstützung des Betriebs „integrierter“ lokaler Bibliothekssysteme. Letztere bilden bis heute für die Mehrzahl der Bibliotheken in der jeweiligen Region – zumindest bezogen auf die klassischen Bibliotheksdienste – das technische Rückgrat ihrer Betriebsorganisation, da sie endnutzerbezogen die Recherche im lokalen Katalog (OPAC), die Ausleihe und die Verwaltung der Nutzerkonten ebenso unterstützen wie bibliotheksintern die Erwerbung und Erschließung des gesamten Medienzugangs. Im Rahmen verbundübergreifender Dienstleistungen, wie der Fernleihe oder Dokumentlieferung, sichern die Verbundsysteme den überregionalen Leihverkehr der Bibliotheken.

¹ Die Auflösung der Abkürzungen findet sich am Ende des Textes.

1.1 Technik

In der Entstehungsphase der Verbände wurde die regionale Organisation und damit einhergehend eine Multiplizierung der Dienste für technisch erforderlich gehalten, gleichzeitig bot sie sich organisatorisch als Fortentwicklung der bestehenden Leihverkehrszentralen an. Sie stellte und stellt bis heute eine sehr enge Bindung der Serviceanbieter (Verbundzentralen) an ihre Nutzer (lokale Bibliotheken im jeweiligen regionalen Raum) sicher. Die Ausgangslage hat sich spätestens mit dem Aufkommen des Internets technisch grundlegend geändert.

State-of-the-art im Bereich der Technologie war seinerzeit das Prinzip der integrierten Systeme. Aus heutiger Sicht handelt es sich dabei um monolithische Systeme, deren innerer Aufbau ohne Differenzierung in abgrenzbare Systembestandteile (Module) und einer Kommunikation solcher Module über standardisierte Schnittstellen nur geringe Flexibilität aufweist. Heute wird eine solche Systemarchitektur eher als kostenintensiv und innovationshemmend bewertet. Die Kombination von Funktionsmodulen unterschiedlicher Anbieter und Systeme wird technisch erschwert und verstärkt die feste Bindung einer lokalen Bibliothek an eine Verbundzentrale und ein System. Die Einführung modularer, serviceorientierter Architekturen hat hier seit Ende der 1990er-Jahre neue Möglichkeiten geschaffen, die bisher aber nur ansatzweise genutzt wurden.

1.2 Finanzen

Die technische Bindung korreliert mit einer Bindung auf der Finanzseite. Die Länder als Unterhaltsträger finanzieren mit wenigen Ausnahmen (vgl. GBV) pauschal für die Bibliotheken in ihrem Zuständigkeitsbereich die Dienstleistungen der jeweiligen Verbundzentrale. Positiv ist dies aus Ländersicht, da durch die Verbundzentrale Synergieeffekte auch finanzieller Art geschaffen wurden. Die lokale Bibliothek ihrerseits weiß diese indirekte Mitfinanzierung lokaler Bibliotheksdienstleistungen durch das Land sehr zu schätzen, in den heutigen Zeiten knapper Kassen an den Universitäten noch mehr als zu früherer Zeit. Negativ macht sich die fehlende Kostentransparenz und finanzielle Alimentierung bemerkbar, wenn eine lokale Bibliothek die Notwendigkeit zur Veränderung oder Neueinführung von Services sieht, die im Standard-Portfolio der Verbundzentrale nicht enthalten sind. Eine Wahlmöglichkeit unter einzelnen Services, um insgesamt kostenneutral zu bleiben, gibt es nicht. Einen bestehenden Service aus dem Basisangebot zu entfernen und durch einen Dienst etwa von verbundexternen Dienstleistern zu ersetzen, ist nicht nur durch die Pauschalfinanzierung schwer kalkulier- und damit begründbar. Es erfordert auch die Zustimmung der gesamten Verbundleitung (inkl. der eigenen Bibliotheksleiterkollegen und -kolleginnen im Verbund). Innovationen werden so durch intransparente Zuordnungen von Kosten zu Diensten, aber auch durch mögliche langwierige Abstimmungsprozesse bei heterogener Interessenlage der einzelnen lokalen Bibliotheken stark eingeschränkt. Eine Innovationsdynamik innerhalb der deutschen Verbundlandschaft wird damit erschwert, Spezialisierungsgewinne in und zwischen den Verbänden können nicht ausgebildet werden, eine fachliche (statt regionaler) Arbeitsteilung zwischen den Verbänden konnte sich nur ansatzweise entwickeln.

1.3 Organisation

Organisatorisch ist die Situation der Verbundzentralen aufgrund ihrer regionalen Bindung und der direkten oder indirekten Einbeziehung in die jeweilige Landesverwaltung sehr heterogen, was eine Kooperation zusätzlich erschwert. Die VZG im GBV agiert mit allen Merkmalen einer Firma (bis hin zu Grundzügen einer Kosten-/Leistungs-Rechnung), die BSZ-Verbundzentrale im Südwesten ist als nachgeordnete Ministeriumsbehörde organisiert. Hier sind die Freiheitsgrade in der Budgetverwaltung sehr unterschiedlich. Das BSZ versorgt auf Wunsch des Landes Baden-Württemberg neben den wissenschaftlichen auch die

öffentlichen Bibliotheken, Archive und Museen, während der HEBIS-Verbund in Hessen ausschließlich wissenschaftliche Bibliotheken betreut. Die Kooperation zwischen den Verbundzentralen funktioniert in einigen Bereichen sehr erfolgreich (wie der Online-Fernleihe). An anderer Stelle, zum Beispiel beim konkreten Datenaustausch und Zusammenspielen von digitalisierten Sammlungen und Objekten gibt es jedoch gravierende Probleme (vgl. das mittlerweile abgeschlossene DFG-geförderte ZVDD-Projekt). Eine systematische Zusammenarbeit, auch hinsichtlich angebotener Dienstleistungen, ist erst ansatzweise vorhanden und reicht bei weitem nicht aus.

1.4 Veränderte Rahmenbedingungen und Versorgungslücken

Sowohl nach eigener Einschätzung als auch nach Einschätzung der Verbundbibliotheken gelten Verbundzentralen als verlässliche Dienstleister im Routinebetrieb für definierte Standarddienstleistungen. In diesem Sinne sind Verbundleitungen und teilnehmende Bibliotheken über ein mehr oder weniger ausgebautes Kooperations- und Koordinationssystem auf Arbeitsgruppenebene eng miteinander verzahnt und erfolgreich auf die Bewältigung des Alltagsgeschäftes konzentriert. Die Arbeit der Verbundzentralen ist auf diese Weise stark geprägt von den Bedürfnissen und den – nicht selten individuellen – Wünschen der ihnen angeschlossenen Einzelbibliotheken. Personelle und sachliche Ressourcen für eine Beteiligung an übergreifenden Projekten und zur Entwicklung neuer Services fehlen jedoch häufig, wenngleich dieses Phänomen bei den einzelnen Verbänden durchaus unterschiedlich ausgeprägt ist. Vor diesem Hintergrund ist zu verstehen, dass Innovationsimpulse seltener von den Verbundzentralen ausgehen. Dies korreliert mit der Beobachtung, dass auch unter den Bibliotheken in den Verbänden das Vorantreiben von Innovationen sehr unterschiedlich verbreitet ist. Aus der Sicht der Verbundzentralen ist es nachvollziehbar, wenn sie ihr ohnehin schon knappes Budget nicht durch ungewisse Investitionen, insbesondere mit langfristiger Mittelbindung, gefährden möchten. Die damit einhergehende Verminderung oder gar das Zurückfahren ihres Standard-Portfolios ließe sich verbundintern nicht durchsetzen und sie liefen Gefahr, dass ihr Vorgehen auf der Ebene der politischen Entscheidungsträger als verminderte Leistungsfähigkeit ausgelegt würde. Prinzipiell besteht Einigkeit zwischen Verbundzentralen und Verbundbibliotheken darüber, dass die Nachhaltigkeit neu entwickelter und Institutionen übergreifender Services in aller Regel effektiv am sinnvollsten durch die Verbundzentralen sichergestellt werden kann. Anfragen einzelner Bibliotheken stoßen bei den Verbundzentralen, die unter anderem auf fehlende Ressourcen und notwendige Abstimmungen im Verbund hinweisen, in der Praxis jedoch häufig auf große Zurückhaltung.

Externe Entwicklungen verschärften in der letzten Dekade das Problem der strukturell geschwächten Innovationskraft der Verbände: Zum einen wurde durch das Aufkommen von Suchmaschinen wie Google, Online-Buchhändlern wie Amazon oder auch Online-Lexika wie Wikipedia die Informationssuche im Internet enorm erleichtert und zugleich verbreitet – auch wenn Qualität und Handhabbarkeit der Ergebnisse aus guten Gründen umstritten sind. Zum zweiten etablierte sich durch die zunehmende Bedeutung elektronischer Ressourcen (Aufsatzdatenbanken, eBooks) der unmittelbare Zugriff auf elektronische Verlagsangebote am Markt. Die Verbundsysteme verloren in Folge dieser Entwicklungen zunehmend ihre ursprünglich mehr oder weniger ausgeprägten Alleinstellungsmerkmale im Bereich der Informations- und Literaturbeschaffung, selbst in der Literaturrecherche.

Der mit diesen veränderten Rahmenbedingungen einhergehende Anpassungs- und Innovationsdruck war und ist sehr hoch. Bis heute ist es den Verbänden nur ansatzweise gelungen, ihre Dienste im o.g. Sinne effizienter und flexibler zu gestalten. Nicht nur der Vollständigkeit halber muss hinzugefügt werden, dass die Anbieter von Bibliothekssoftware (im Einsatz sind neben verschiedenen Lokalsystemen vor allem die großen Verbundsysteme OCLC-PICA und Exlibris-Aleph) in dieser Situation keine Hilfe waren. Die Ablösung der bestehenden, monolithischen Bibliotheksinformationssysteme durch modulare, serviceorientierte Architekturen wurde durch die jeweiligen Softwareanbieter ebenso wenig

betrieben wie eine systematische Erweiterung dieser Systeme um moderne Such- und Zugriffssysteme, obwohl hier bereits seit den 1990er-Jahren neue technische Möglichkeiten bestanden hätten. Die Bibliotheken arbeiten bis heute mit technischen Systemen, die auf veralteten Architekturen beruhen. Zugleich wurde von den Hochschulbibliotheken selbst die immer feingranularere Ablafrationalisierung bibliothekarischer Geschäftsgänge vorangetrieben, die letztlich die Investition in veraltete Systeme eher bestärkte als verhinderte. Entscheidend ist jedoch, dass es den Verbänden nicht gelang, politische Wege zu finden, die veraltete regionale Multiplizierung von funktional identischen Basisdiensten aufzulösen und sich auf diesem Weg ausreichend freie Mittel zu sichern, um die Herausforderungen in der Weiterentwicklung und Modernisierung ihrer Dienste notfalls auch ohne die Hersteller von Bibliothekssoftware schultern zu können.

Heute muss konstatiert werden, dass die regionale und zum Teil auch auf nur ein Bundesland bezogene Versorgung mit (funktional identischen) bibliothekarischen Basisdiensten über die Bibliotheksverbände insbesondere im Katalogisierungsbereich ineffizient geworden ist. Aus gesamtstaatlicher Sicht besteht hier eine Überversorgung, während gleichzeitig Versorgungs- und Dienstleistungslücken deutlich werden. So sind Qualität und Relevanz der heute dominanten Internet-Suchmaschine(n) für Bildung und Wissenschaft nicht ausreichend. Es fehlt an angemessener Aufbereitung, Filterung und Strukturierung der Informationsflut in den jeweiligen Arbeitszusammenhängen von Bildung und Wissenschaft. Ebenso wenig wurde bisher das Problem der nachhaltigen Sicherung von Forschungsergebnissen und der ihnen unterliegenden, meist elektronisch vorliegenden Forschungsdaten gelöst. Es besteht somit eine Unterversorgung an fachlich hochwertigen Recherche-, Bestell-, Kooperations- und Archivierungsplattformen.

Diese Versorgungslücken entstanden nicht zuletzt, weil die Ressourcenbindung der Verbände innerhalb der Regionalversorgung aus eigener Kraft nicht aufgebrochen und zugleich eine übergreifende Steuerung innerhalb des Systems föderaler Mittel- und Aufgabenzuweisungen bislang nicht in ausreichendem Maße entwickelt werden konnte.

2. Empfehlungen zur Optimierung der Informationsinfrastruktur

2.1 Servicespektrum

Die Funktionalitäten des bisherigen Kerngeschäfts (Bereitstellung einer mit Fremddaten angereicherten Katalogisierungsdatenbank, technische Organisation der Fernleihe, Unterstützung beim Betreiben beziehungsweise Hosting lokaler Bibliothekssysteme mit den Kernfunktionalitäten OPAC, Ausleihe und Erwerbung) müssen arbeitsteilig als Basisdienste (s.u.) erhalten bleiben und auf eine moderne technische Plattform gestellt werden, wobei eine konsequente verbundübergreifende Zentralisierung bestimmter Dienste (z.B. Katalogisierungsdatenbank/Fernleihe) mit einem regionalisierten Betrieb anderer Dienste (z.B. beim Hosting lokaler Bibliothekssysteme) adäquat zu kombinieren sein wird. Hier nehmen die Verbundzentralen mit ihrem fundierten Verständnis von Katalog- und Metadaten sowie dem Betrieb von bibliothekarischen Informationssystemen eine bevorzugte Dienstleisterfunktion aus der Sicht von Bibliotheken ein und unterscheiden sich damit von Universitätsrechenzentren, deren Aktivitäten vielmehr auf den Betrieb von Speicher-, Netzwerk- und Rechensystemen plus ausgewählter Basisapplikationen (Mailing-Server, Wikis etc.) fokussiert sind.

Die gegenwärtig eingesetzten Systeme, Verbunddatenbanken wie Lokalsysteme, sind jedoch gegenüber den heute von Internetdiensten üblicherweise erreichten Standards häufig technisch veraltet oder nicht vollständig in das offene Web integriert, das heißt von gängigen

Suchmaschinen in der Regel nicht erreichbar. Das gilt insbesondere auch im Hinblick auf die im Einsatz befindlichen Enduser-Interfaces (OPACs, Portale), die die heute gängigen Suchstrategien nicht oder nur sehr unzureichend unterstützen und weit von technisch denkbaren intelligenten Recherchertools entfernt sind. Eine grundlegende technische Erneuerung muss hier das Ziel der nächsten Jahre sein.

Einer möglichst weitgehenden Integration der bisher in getrennten Systemen geführten Erschließungsdaten auf (inter-)nationaler Ebene fällt hierbei eine entscheidende Rolle zu. Deren Zusammenführung in einem „Datenpool“ (Data-Store) als sogenannte Backend-Infrastruktur und alleinige Datengrundlage kooperativer Erschließungsverfahren in Deutschland würde in erheblichem Umfang bisher geleistete Doppel- und Mehrfacharbeit der Datenerfassung, -synchronisierung und -haltung reduzieren. Zugleich könnte sie die plattformunabhängige, modulare Entwicklung beziehungsweise den Einsatz von Informationsservices wie Suchmaschinen wesentlich erleichtern. Es sollte kurzfristig geprüft werden, auf welcher datentechnischen Plattform die Datenzusammenführung schnellstmöglich gegebenenfalls unter Verzicht auf nationale Regelwerke und Datenformate beziehungsweise durch eine Vereinfachung von Datenmodellen zu realisieren ist. Hier wäre der WorldCat mit einer bereits weit fortgeschrittenen Abdeckung deutscher Daten (trotz aller berechtigten Kritik an der derzeitigen Umsetzung) ebenso zu prüfen wie andere kurzfristig verfügbare Verfahren.

Über die traditionellen Dienste zur Unterstützung von Geschäftsgangprozessen des Medienerwerbs und der Mediennutzung hinaus werden aktuell im Kontext der Gestaltung einer künftigen überregionalen Informationsinfrastruktur in Deutschland weitere Themengebiete diskutiert, zu denen sich auch die Verbundzentralen aktiv positionieren müssen. Zu den Themen, die im Auftrag der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz (GWK) von Bund und Ländern in der „Kommission Zukunft der Informationsinfrastruktur“ (KII) diskutiert werden, gehören²:

- ▶ Lizenzierung
- ▶ Hosting/Langzeitarchivierung
- ▶ Nichttextuelle Materialien
- ▶ Retrodigitalisierung/Kulturelles Erbe
- ▶ Virtuelle Forschungsumgebungen
- ▶ Open Access/Elektronisches Publizieren
- ▶ Forschungsdaten

Die folgenden Beispiele benennen Dienste, die zukünftig Betreiber benötigen werden und derzeit entweder in der konzeptionellen Planung sind oder sich bereits im Projektstadium befinden:

- ▶ Überregionale Lizenz- und Endnutzerverwaltung für elektronische Medien
- ▶ Hosting-Services elektronische Medien (Zeitschriften, e-Books, weitere e-Medien)
- ▶ Digitale LZA (soweit nicht abgedeckt durch die DNB)
- ▶ Betrieb von Service-Komponenten für retrodigitalisierte Bibliotheksmaterialien, eingebettet in ein Gesamtkonzept zur Deutschen Digitalen Bibliothek
- ▶ Betrieb von Backend-Services für ein Repositorien-Netzwerk in Deutschland (vgl. DFG-gefördertes Projekt Open-Access-Netzwerk)

² Ein weiteres Thema der KII ist Informationskompetenz/Ausbildung.

- ▶ Betrieb von Servicekomponenten für Virtuelle Forschungsumgebungen (vgl. Grid-Communities, d-Grid.org)
- ▶ Betrieb von Servicekomponenten für Forschungsdaten
- ▶ Betrieb von Repositorien-, Statistik- und Zitations-Services (vgl. die einschlägigen DFG-geförderten Projekte)
- ▶ Service-Plattformen für Informations-Services („Gelbe Seiten“, vgl. DFG-gefördertes CARPET-Projekt)

Dem heutigen Stand der Technik entsprechend sind all diese Dienste in einem offenen System verteilter Backend-Infrastrukturen und lokaler/regionaler Endnutzer-Interfaces zu gestalten, die vollständig in das WEB integriert sind und eine je lokale beziehungsweise gruppenbezogene Ausgestaltung der Arbeits- und Nutzungsumgebungen ermöglichen.

Organisatorisch legt dies eine grundsätzliche Aufgabenverteilung zwischen überregional agierenden Anbietern von Backend-Diensten und lokal operierenden Einrichtungen (Bibliotheken) nahe, deren Aufgabe die (kompositorische) Gestaltung der Endnutzer-Zugangssysteme (Frontend-Dienste) ist. Als Anbieter nationaler Backend-Dienste kommen neben den Verbänden auch andere leistungsfähige Einrichtungen (DNB, Staatsbibliotheken, zentrale Fachbibliotheken, Großforschungszentren, Weltdatenzentren usw.) sowie kommerzielle Anbieter in Frage, wobei eine finanziell und rechtlich verlässliche Form der dauerhaften Sicherstellung beziehungsweise Weiterführung der jeweiligen Dienstangebote gefunden werden muss. Im Hinblick auf den technischen Betrieb von Rechner- und Speichersystemen bietet sich dabei auch eine Kooperation mit universitären oder außeruniversitären Rechenzentren an.

Die Entwicklung und der Betrieb der Frontend-Dienste ist, wie zum Beispiel jetzt schon teilweise bei lokalen Bibliothekssystemen realisiert, nicht zwingend isoliert von jeder einzelnen Bibliothek jeweils für sich zu erbringen, sondern auch als Dienstleistung der Verbände denkbar. Je nach Größe und Leistungsfähigkeit der Bibliothek wird sich dabei eine Kombination aus selbst erbrachten und eingekauften Diensten als optimal herausstellen. Die Einzelbibliothek muss dazu finanziell entsprechend ausgestattet werden und gegebenenfalls über einen Teil der bisher zentral ausgewiesenen Mittel eigenverantwortlich verfügen können.

2.2 Organisation

Angestrebt werden sollten stringente, verbundübergreifende arbeitsteilige Strukturen bei Betrieb und Entwicklung der gegenwärtigen wie der zukünftigen Dienste, um unnötige Mehrfacharbeit zu vermeiden und die Durchsetzung einheitlicher Standards zu erleichtern. Das ist technisch machbar und organisatorisch auch im föderalen Umfeld denkbar, wie andere Beispiele (z.B. DFN) zeigen. Die derzeitige primär regionale Arbeitsteilung bedingt eine relativ hohe Redundanz der Dienstleistungen und fördert ungewollt eine die Datennutzung unnötig erschwerende Vielfalt regional unterschiedlicher Auslegungen/Anwendungen nationaler beziehungsweise internationaler Standards der Datenerfassung und -speicherung.

Die Verbundzentralen sollten dazu in einem ersten Schritt einen noch näher zu bestimmenden Prozentsatz ihrer Ressourcen (insbesondere Personal) für neuere Informationsservices (erste Liste s.o.) flexibel und marktabhängig einsetzen und dabei bundesweit anbieten können. Durch verbundübergreifende Konzentration ihrer bisherigen Dienste, insbesondere auch ihres ursprünglichen Kerngeschäftes der kooperativen Katalogisierung, könnten Rationalisierungsgewinne erzielt und zur partiellen Abdeckung neuer Dienstleistungen investiert werden.

Verbünde sollten im Rahmen ihres Gesamtauftrags weitestgehend eigenverantwortlich über den Einsatz ihrer Ressourcen entscheiden können. Dies erfordert für einige Verbünde eine größere Autonomie in der Verwendung von Sach- und Personalmitteln, die im Rahmen von Globalbudgets zur Verfügung stehen sollten. Gegebenenfalls müssen Veränderungen der Rechtsform geprüft und zügig umgesetzt werden.

Die Verbünde sollten – vornehmlich mit ihren überregionalen Serviceanteilen – in eine zukünftige bundesweite Koordination von Informationsdienstleistungen integriert werden. Diese sollte, wenn möglich, im Zuge einer derzeit konzeptionell vorbereiteten Neuausrichtung der bundesweiten Informationsinfrastruktur geregelt werden³, in deren Kontext auch detaillierter und konkreter bestimmbar werden könnte, welche Leistungen nicht (mehr) nach dem Regionalprinzip, sondern durch bundesweit agierende Leistungszentren realisiert werden sollten. Dies schließt auch internationale Kooperationen ein, wobei darauf zu achten sein wird, dass die dauerhafte Verfügbarkeit zumindest der Daten (ggf. auch der Dienste) faktisch nationalem Recht unterliegt.

Die Aufsichtsgremien sollten langfristig von überwiegend regional verfassten Organen zu „Beiräten“ umgewandelt werden, vergleichbar zu den Beiräten der Informationsdienstleister in der WGL (vgl. TIB, ZB Med, FIZe usw.). Die Zusammensetzung der Beiräte könnte analog gestaltet werden, ergänzt um die obligatorische Beteiligung der Bibliotheken aus der Region als einer wichtigen primären Kundengruppe.

Die Ausgestaltung von Verbunddiensten, insbesondere im Katalogisierungsbereich, sollte weniger durch die Fortschreibung von Traditionen, sondern konsequent auf die Reduktion der heute auch zu einem hochdifferenzierten Retrieval nicht mehr benötigten komplexen Verzeichnungsstruktur ausgerichtet werden. Diese Reduktion ermöglicht die Vereinfachung von Datenmodellen für die Katalogisierungsdatenbanken und damit die vereinfachte Bereitstellung und Wiederverwendung von Katalogdaten außerhalb ihrer Erstellungssysteme. Anzahl und Auftrag bibliothekarischer Arbeitsgruppen in den Verbänden sollten zu diesem Zweck evaluiert und neben der operativen Perfektionierung stärker auf strategische Ziele ausgerichtet werden.

2.3 Finanzen

Das derzeitige Finanzvolumen der Länder für Informationsservices (derzeit Finanzzuweisung an Verbundzentralen) muss erhalten bleiben und auch weiterhin die den bisherigen Regelungen entsprechenden Steigerungen erfahren. Gleichzeitig müssen behutsam, aber konsequent neue Steuerungsmechanismen eingeführt werden, die insbesondere die im Folgenden benannten Entwicklungen fördern. Die Strukturveränderung soll über finanzielle Anreize eingeleitet werden.

1. Rationalisierung traditionell geprägter Bibliotheksdienste zugunsten nachfrageorientierter Zusatzangebote
2. Stärkere Modularisierung der Dienste (hier finanztechnisch), indem für einzelne Dienste (z.B. Betrieb Lokalsystem) Preise ausgewiesen werden. Pauschalzuweisungen des Landes/der Länder erschweren es, Preise für einzelne Dienste zu erkennen

³ Hierzu erstellt wie beschrieben zurzeit die „Kommission Zukunft der Informationsinfrastruktur“ (KII) ein Gesamtkonzept, dessen Umsetzung von einer Vielzahl von Randbedingungen abhängig sein wird und dessen Realisierungschancen derzeit allerdings noch nicht abschätzbar sind.

3. Ausdifferenzierung der Services in Basisdienste, die in Teilen bei Bedarf auch weiterhin multipliziert und regional fokussiert angeboten werden können, sowie in weitergehende Services (aus heutiger Sicht Zusatzdienste) im Zuge der sich neu gestaltenden überregionalen Informationsinfrastruktur

3.1 Definition eines Portfolios von Basisdiensten. Dieses Portfolio sollte in regelmäßigem Abstand (z.B. alle fünf oder sieben Jahre) evaluiert und an neue Anforderungen angepasst werden, gegebenenfalls durch die Aufnahme neuer Services. Für ausgewählte Basisdienste könnte das Regionalprinzip dort und nur dort, wo der regionale Bezug sachlich sinnvoll ist, fortgeschrieben werden; in anderen Teilen sind sie konsequent verbundübergreifend zu zentralisieren (s. Kap. 2.1).

3.2 Über die Basisservices hinausgehende Informationsservices (spezielle Zielgruppen, neue Anforderungen u.a.) sollten mittelfristig unabhängig von der Regionalzugehörigkeit, das heißt länderübergreifend bereitgestellt werden. Konkurrerierende Angebote können hier in bestimmten Fällen durchaus sinnvoll sein.

4. Zur Anschubfinanzierung des intendierten Systemwechsels von einer regionalen zu einer fachlich diversifizierten Verbund- beziehungsweise Dienstleisterstruktur wird ein auf circa fünf Jahre ausgerichtetes Förderprogramm der DFG für wünschenswert gehalten, das strukturbildend die Entwicklung national verfügbarer Dienste fördert (s.u.). Hierfür sind auf der Basis klar formulierten Bedarfs seitens der Bibliotheken und der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler die neu einzurichtenden Services, die in der Struktur an den Themengebieten der GWK-Kommission „Zukunft der Informationsinfrastruktur“ ausgerichtet sind beziehungsweise dem anstehenden Umbau der bestehenden Verbunderschließungssysteme dienen (vgl. 2.1), zu definieren und in einer Ausschreibung zur Förderung auszuloben. Verbundzentralen (sowie andere Akteure) könnten sich bewerben und müssten während der Projektlaufzeit eine substantielle Länderbeteiligung als Eigenleistung einbringen. Über diese Eigenleistung ebenso wie über die unabdingbare Zusicherung der Anschlussfinanzierung für die Zeit nach Auslaufen der Förderung soll die Nachhaltigkeit der entwickelten Dienste gewährleistet werden. Ein nicht unbeträchtlicher Prozentsatz der gegebenenfalls gewährten Fördermittel sollte entsprechend unter Vorbehalt gestellt und projektbegleitend evaluiert werden. Mit einer anteiligen Finanzierung durch die Mitgliedsbibliotheken sollte zudem die Rückbindung an die Bedarfe der Nutzer sichergestellt werden.

3. Wege zu einer Neuausrichtung der Verbände

Die Verbände sind wichtige Akteure auf dem Dienstleistungssektor für Bibliotheken, aber sie decken nur einen Teilbereich der Informationsservices ab. Das gesamte Spektrum ist ungleich größer und entwickelt sich innerhalb und außerhalb der Bibliotheken mit hoher Dynamik weiter. Mit diesem Gesamtspektrum befasst sich derzeit die bereits mehrfach genannte „Kommission Zukunft der Informationsinfrastruktur“ (KII).

Die Diskussion muss strukturiert und gut koordiniert weitergeführt werden, um folgenden Defiziten entgegenzuwirken:

1. Dem strukturellen Dilemma des Fehlens überregional koordinierender Instanzen mit ausreichender Regelungskompetenz und der damit erheblich eingeschränkten Möglichkeit, langfristig verbindlich (verbund)übergreifende Arbeitsteilungen zu etablieren.
2. Der zukünftig noch stärkeren Ausdifferenzierung fach- und institutionenspezifischer Bedarfe an Diensten und Einrichtungen der Informationsversorgung.

3. Der strukturell geschwächten Innovationskraft der Verbände, die den technisch ebenso naheliegenden wie gebotenen Abbau der überholten regionalen Multiplizierung identischer Basisdienste nicht aus eigener Kraft gestalten (können) und sich in ihrem Selbstverständnis weitgehend auf die Bewältigung etablierter Dienste fokussieren. Faktisch führt dies dazu, dass – wie auch schon in der Vergangenheit oft genug geschehen – relevante neue Dienste außerhalb der bestehenden Verbundstrukturen entwickelt werden, die dann im Nachhinein mühsam reintegriert werden müssen. Dies führt zu der Notwendigkeit, das Verhältnis zwischen „externen Innovationstreibern“ und Verbänden organisatorisch zu strukturieren und die Verbände durch geeignete Umstrukturierungen in Kooperation mit lokalen und überregionalen Bibliotheken im höheren Maße als bisher in die Lage zu versetzen, selbst als Innovationstreiber zu agieren. Unabdingbare Voraussetzung dafür ist die in ausreichendem Umfang gegebene Verfügbarkeit über flexibel einsetzbares Personal mit einschlägigen IT- und Informationsmanagement-Kenntnissen.
4. Der Sorge von Verbundzentralen, dass ihnen beim Aufgeben traditioneller Services „sichere“ Einnahmen wegbrechen und Mittel gekürzt werden. Sollten bisherige Services entfallen, bevor neue Aufgaben angenommen wurden, könnte eine solche Situation eintreten.

Neben den empfohlenen politisch-administrativen Maßnahmen (vgl. 2.2 und 2.3) erscheint ein attraktiv dimensioniertes Förderprogramm der DFG zur „Neuausrichtung überregionaler Informationsservices“ und „Weiterentwicklung der Bibliotheksverbände als Teil der überregionalen Informationsinfrastruktur“ [Arbeitstitel] geeignet, den notwendigen Strukturwandel hin zu einem arbeitsteiligen verbundübergreifenden Dienstangebot anzustoßen und zu koordinieren. Ein solches Förderprogramm sollte die notwendige Kreativität für neue organisatorische Strukturen und Finanzierungen im föderalen Umfeld freisetzen. Konkret könnte in dem besagten Förderprogramm ein Bündel neuer Services ausgeschrieben werden. Ein solches Förderprogramm in Form von Matching Funds würde Verbänden Chancen eröffnen, unter finanziell attraktiven und zugleich durch einen Projektrahmen kontrollierten Rahmenbedingungen ihre Service-, Personal- und Organisationsstrukturen zu entwickeln und in eine zukunftsfähige Informationsinfrastruktur einzupassen.

Abkürzungen

BSZ	Bibliotheksservice-Zentrum
BVB	Bibliotheksverbund Bayern
DFN	Deutsches Forschungsnetz
DNB	Deutsche Nationalbibliothek
FIZe	Fachinformationszentren
GBV/VZG	Gemeinsamer Bibliotheksverbund/Verbundzentrale des GBV
HBZ	Hochschulbibliothekszentrum
HeBIS	Hessisches Bibliotheksinformationssystem
KOBV	Kooperativer Bibliotheksverbund Berlin-Brandenburg
LZA	Langzeitarchivierung
OPAC	Open Public Access Catalog
OCLC-PICA	Bibliotheksverbundsystem des Online Computer Library Center
TIB	Technische Informationsbibliothek Hannover
ZB Med	Deutsche Zentralbibliothek für Medizin
ZVDD	Zentrales Verzeichnis Digitaler Drucke